



Leonhard Prange

Verfassungsrechtliche Möglichkeiten und Grenzen polizeilicher Datenübermittlungen an Private

Das Recht der inneren und äußeren Sicherheit, Band 27

286 Seiten, 2024

ISBN 978-3-428-19093-5, € 89,90*

Alle Informationen zum Titel: www.duncker-humblot.de/9783428190935

Die polizeiliche Übermittlung personenbezogener Daten an Personen und Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs ist von erheblicher Grundrechtsrelevanz für die Betroffenen, da unter anderem kaum Kontrollmöglichkeiten für die weitere Verwendung der übermittelten Daten bestehen. In der Arbeit wird daher die Frage untersucht, ob die derzeitigen bundes- und landespolizeigesetzlichen Ermächtigungsgrundlagen den sich daraus ergebenden verfassungsrechtlichen Anforderungen für Datenübermittlungen an Private genügen. Unter Berücksichtigung der wesentlichen praktischen Anwendungsfälle werden dabei umfassender Überarbeitungs- und Neuregelungsbedarf festgestellt und eine alternative Regelungssystematik erarbeitet. Hierzu wird auch ein vergleichender Blick auf Vorschriften im europäischen Ausland geworfen.

Inhalt

1. Einleitung und Untersuchungsgegenstand

Untersuchungsanlass — Konturierung des Untersuchungsgegenstands — Gang der Untersuchung

2. Rechtliche Ausgangslage

Verfassungsrechtlicher Bewertungsmaßstab — Fallgruppenbildung nach Eingriffsintensität —
Regelungsmodelle polizeilicher Datenübermittlungen an Private

3. Verfassungsrechtliche Bewertung

Verfassungsrechtliche Einordnung der Regelungsmodelle — Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse — Vorschlag für eine Regelungssystematik

Anhang

Literatur- und Stichwortverzeichnis